

Infosheet aus dem Salzburger EU-Verbindungsbüro Brüssel

Europäische Säule Sozialer Rechte - EU-Kommission legt Empfehlung vor

Am 26. April 2017 hat die Europäische Kommission eine Empfehlung für die Stärkung der Europäischen Säule Sozialer Rechte vorgelegt. Mit der Einrichtung einer Sozialen Säule der EU soll den neuen Realitäten der Arbeitswelten in den EU-Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission soll die Soziale Säule der EU als Kompass für einen verbesserten Zusammenhalt in der Euro-Zone dienen. Mitgliedstaaten außerhalb der Euro-Zone können sich an der Umsetzung ebenfalls beteiligen.

Im Vordergrund der Empfehlung für eine Soziale Säule der EU steht die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle: So soll eine ausgewogene Aufteilung familiärer Pflichten zwischen Frauen und Männern angestrebt werden. Erwartet werden positive Folgen für Familieneinkommen, Altersversorgung, Senkung von Armutsrisiken, eine Entlastung von der Alleinverdienerrolle, mehr Wahlmöglichkeiten für flexible Arbeitsregelungen etc. Für Arbeitgeber sieht die EU-Kommission das Potenzial, sich so als Arbeitgeber attraktiver aufzustellen und u.a. auf größere Kandidatenpools zugreifen zu können. Mittel- bis langfristig erwartet die EU-Kommission bei einer gezielt familienfreundlichen Beschäftigungspolitik und weithin verfügbaren Kinderbetreuungseinrichtungen eine positive Entwicklung der Geburtenrate in der EU mit positiven Folgen für Altersstrukturen, Sozialfragen und Arbeitsmarkt. Schließlich wertet die EU-Kommission die Förderung der Geschlechtergleichstellung als ein „Kernstück“ der Gesellschaftsmodelle in Europa.

Die Empfehlung der EU-Kommission für eine Soziale Säule der EU wird begleitet von einem Vorschlag der EU-Kommission für eine gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission.

Die Soziale Säule der EU wird als nächstes von den 751 im EU-Parlament versammelten direkt gewählten EP-Abgeordneten, den im Rat versammelten EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission beraten. Angestrebt wird eine gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs im November 2017, mit denen die politischen Leitlinien der Sozialen Säule der EU weiter konkretisiert werden sollen.

Weiterführende Informationen: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1007_de.htm

Besuchen Sie uns auch gerne auf unserer [Facebook-Seite](#).